

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift  
Tageblatt Riesa,  
Gemeinl. Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestellbar bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1500,  
Strohkasse:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 141.

Sonnabend, 20. Juni 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterstellungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin — hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Rieger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: GutsMuthsstraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübnermann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Bevorstehende Aktion der amerikanischen Regierung? Bedeutungsvolle Erklärungen Hoovers.

Die "Associated Press" berichtet aus Washington, daß Hoover lebhaftes Interesse für die verwickelte europäische Finanzlage bekundet. In Washington wird auf Grund der am Freitag stattgefundenen Konferenzen vermutet, daß irgendein Schritt der Regierung bevorsteht.

Zu den in Washington am Freitag stattgefundenen Konferenzen wird weiter berichtet:

Die Wichtigkeit der Besprechungen, die Präsident Hoover am Freitag abgehalten hat, kann an den Persönlichkeiten ersehen werden, die herangezogen wurden. Der Präsident hatte zuerst eine längere Unterredung mit Staatssekretär Stimson, hierauf eine mit den Führern der beiden Senatsfraktionen und anschließend daran eine mit dem Unterstaatssekretär Mills. Der Präsident der Senatskommission für Finanzen, S. M. C. ist telegraphisch nach Washington berufen worden. Hoover empfing weiter den Unterstaatssekretär K. L. E. in der Sachverständigen für Finanzen des Außenhandels ist, und eines der ältesten Mitglieder der Finanzkommission des Repräsentantenhauses, B. A. C. H.

In London wird das Eingreifen des Präsidenten Hoover in Zusammenhang gebracht mit der Unterredung zwischen Mellon und Macdonald. Das Eingreifen Hoovers zeige weiter, daß eine wichtige Entscheidung über die amerikanischen und europäischen Finanzen im Gange sei.

Washington, 20. Juni.

Präsident Hoover erklärte, er habe mit mehreren Führern beider politischen Parteien über Maßnahmen gesprochen, die geeignet seien, die wirtschaftliche Wiedergeburt in den Vereinigten Staaten und dem Ausland herbeizuführen und insbesondere eine Klärung der Lage in Deutschland. Man sei sich zunächst über bestimmte Pläne schlüssig geworden. Die Art, in der die Vertreter beider Parteien an die Angelegenheit herangegangen seien, sei durchaus befriedigend gewesen.

### Die ersten Vorbereitungen

Beginn der Kabinettsbesprechungen mit den Botschaftern

Berlin, 20. Juni.

Wie wir erfahren, hat der Reparationspolitische Ausschuss des Reichskabinetts, der bekanntlich seinerzeit aus den Kesseln gebildet worden ist, die an den Fragen der Reparationen besonders beteiligt sind, am Freitag eine Sitzung abgehalten, an der auch die Botschafter Dr. Hoersch und Dr. von Schubert teilgenommen haben.

Die Beratungen galten natürlich der Vorbereitung der Maßnahmen, mit denen das Reichskabinetts die Revision einleiten will. Sie werden in den nächsten Tagen fort-

gesetzt. Inzwischen werden auch die Botschafter von Petrograd und Neurath in Berlin erwartet, die sich bereits auf der Reise befinden. Diese Besprechungen, die bereits vor einer Reihe von Tagen angekündigt worden waren, werden noch einige Zeit in Anspruch nehmen, da der Revisionsbericht bei der großen Bedeutung und den Schwierigkeiten des ganzen Problems natürlich einer eingehenden und sorgfältigen Behandlung bedarf.

### Der Berliner Eindruck der Rede Hoovers.

Kabinettsberatungen.

Berlin. (Funkdruck.) Das Reichskabinetts ist heute vormittag zu der angekündigten Sitzung zusammengetreten, in der bekanntlich Personalfragen geregelt werden sollen. Es liegt auf der Hand, daß man sich bei dieser Gelegenheit auch über die Washingtoner Meldungen unterhält, die eine Initiative Amerikas in der Kriegsschulden- und Reparationsfrage ankündigen.

Die Erklärungen Hoovers in der gestrigen Pressekonferenz haben in der Reichshauptstadt natürlich ein ganz außerordentliches Interesse gefunden, zumal der amerikanische Präsident besonders die Bedeutung hervorgehoben hat, die der Lage Deutschlands in diesem Zusammenhang zukommen werden muß. In Berliner politischen Kreisen wird die Initiative des amerikanischen Präsidenten außerordentlich begrüßt. Die bisher vorliegenden Meldungen lassen freilich noch nicht erkennen, in welcher Form und in welchem Umfang die angekündigte amerikanische Aktion durchgeführt werden soll. Bis hierher sind in der amerikanischen Presse nur die Bedenkensgründe erwähnt worden, die in Europa und namentlich in Deutschland bereits seit langem entzündet wurden. Man spricht von dem Zusammenhang zwischen Reparationen und Kriegsschulden; man wagt außerdem die Möglichkeit einer Anleihehilfe an.

Ueber die Absichten Hoovers selbst ist jedoch noch nichts Aufschluß bekannt geworden. Es empfiehlt sich deshalb, zunächst einmal abzuwarten, bis nähere Informationen vorliegen. Immerhin läßt sich schon jetzt erkennen, daß auch in den verantwortlichen Kreisen Amerikas die Zusammenhänge der Finanz- und Wirtschaftskrise erkannt wurden und daß man sich auch dort kaum noch einem Zweifel über den Ernst der Situation hingibt. Ueberrascht hat in politischen Kreisen, daß Präsident Hoover bereits jetzt mit seiner Erklärung hervorgetreten ist, ehe Staatssekretär Stimson seine Europareise gemacht hat. Die Entwicklung der letzten Wochen, welche auch die Berichte, die Staatssekretär Mellon nach Washington gegeben hat, dürften den verantwortlichen amerikanischen Kreisen die Ueberzeugung vermittelt haben, daß ein längerer Zögern die Situation nur noch bedrohlicher gestalten kann. Jedenfalls läßt sich bei aller selbstverständlichen Zurückhaltung des Urteils nach der Auffassung politischer Kreise den Erklärungen des Präsidenten entnehmen, daß die Vereinigten Staaten sich an den bevorstehenden internationalen Verhandlungen recht aktiv beteiligen werden.

### Goldanhäufung in London und New York.

Vor allem durch Zuflüsse aus Deutschland.

London. Infolge der großen Goldzuflüsse, vor allem aus Deutschland, zeigt der Ausweis der Bank von England eine außerordentlich gestiegene Stellung. Die Reserve hat sich um 7,7 Millionen Pfund (154 Millionen RM.) auf 69,7 Millionen Pfund (1394 Millionen RM.) erhöht und ist die höchste, die jemals da war. Der frühere Rekord wurde am 14. Mai 1930 mit 66,9 Millionen Pfund (1338 Millionen RM.) den höchsten Stand seit diesem Termin erreicht. Die Goldvorräte in den Vereinigten Staaten erhöht sich nach den Mitteilungen der Federal Reserve Board allein in der letzten Woche um 90 Millionen Dollar (378 Millionen RM.) und hatten am Mittwoch einen Gesamtwert von 4992 Millionen Dollar (20,55 Milliarden RM.) erreicht.

### Die größte Arbeitslosigkeit in Sachsen.

Auf 1000 Einwohner

26,4 Wohlfahrtsdienstleistungen.

Berlin. Die letzte Veröffentlichung über die Zahl der Wohlfahrtsdienstleistungen in Deutschland ergibt, daß in Sachsen auf 1000 Einwohner 26,4 Wohlfahrtsdienstleistungen entfielen, während es in Württemberg nur 2,5 in Baden 0,7, in Bayern 10,2, in Thüringen 18, in Preußen 17,8 und in Hessen 18,1 waren. Aus dieser Statistik ergibt sich mit erschütternder Klarheit, daß die Lage der sächsischen Wirtschaft in ganz Deutschland am schlechtesten ist und daß das Reich unter allen Umständen in Sachsen besondere Umsätze als vorwiegend erachten muß.

### Zimmer noch ungeklärte Lage in Oesterreich.

Wien, 20. Juni. Die Bildung einer Regierung, die eine amtliche Verlautbarung für Freitag in Aussicht gestellt hatte, ist mißlungen. Die Verhandlungen mußten am Sonnabend um 2 Uhr früh ergebnislos abgebrochen werden.

Bis gegen Mitternacht verliefen die Beratungen Dr. Seipel mit den früheren Reichsparteien ziemlich günstig. Es traten bereits Ministerien eines Kabinetts Seipel-Schober. Dann traten aber ernste Schwierigkeiten auf und als um 0,30 Uhr die Verhandlungen eine Unterbrechung erfuhr, wurde bekannt, daß Dr. Schober sich weigerte, in ein Kabinettsmitglied mit Dr. Kienböck einzutreten, während Dr. Seipel auf der anderen Seite, auf Dr. Kienböck als Finanzminister beharren zu müssen. In der Verhandlungsbause trat Dr. Schober im Parlament ein und begab sich nach einer kurzen Rücksprache mit seinen Parteifreunden selbst in den Verhandlungssaal. Eine Einigung wurde jedoch nicht erzielt. Es ist noch ungewiß, ob die Verhandlungen heute (Sonnabend) von Dr. Seipel weiter fortgesetzt werden, oder ob sie auf einer vollständig anderen Grundlage weitergeführt werden. Es besteht, wenn Dr. Seipel die Verhandlungen fortsetzt, am besten noch die Möglichkeit eines Ministerkabinetts, in dem die Christlich-Sozialen und der österreichische Landbund vertreten sind.

### Dr. Seipel gibt den Auftrag zur Regierungsbildung zurück.

Wien. (Funkdruck.) Nach mehrstündigen Verhandlungen, die heute früh wieder aufgenommen worden waren, erklärte Dr. Seipel im Parlament vor Pressevertretern, daß er seine Mission zurückgibt, da die Großdeutschen, wenn sie auch die Regierung unterstützen wollten, an derselben nicht teilnehmen zu können erklärten. Die Großdeutschen hätten ihren Standpunkt in der Frage des Beamtenloosers nicht geändert, wodurch dieselbe Lage gegeben sei, wie vor dem Rücktritt Dr. Enders. Nach einer weiteren Aeußerung Dr. Seipels dürfte jetzt ein vom Präsidenten der Republik ohne Befragung der Parteien ernanntes Kabinetts kommen.

## Der Bewaffnete hebt gegen den Wehrlosen.

Schreiende Behauptungen des französischen Marineministers.

Paris. Der französische Marineminister hat am Freitag in der Pariser Kammer eine Rede gehalten, in der er u. a. ausgeführt haben soll, der deutsche Kriegsschiffbauplan sehe den Bau von acht Panzerschiffen und acht leichten Kreuzern in den Jahren 1931 bis 1935 vor. Im Namen des Versailler Vertrages protestiere er gegen diese Ziffern, die um 25 Prozent höher lägen, als im Friedensvertrag vorgegeben sei.

Wenn der französische Kriegsminister tatsächlich solche Ausführungen gemacht haben sollte, so ist es ganz unverständlich, wie eine amtliche Persönlichkeit, noch dazu ein Franzmann, zu solchen Aussagen kommen kann. Tatsächlich steht der deutsche Bauplan bekanntlich nur den Ersatz von vier U-Booten vor. Nicht ein einziger Kreuzer soll in der Zeit bis 1935 neu gebaut werden. Aber auch die Zahl von 10 Schiffseinheiten ist völlig aus der Luft gegriffen. Tatsächlich würden nach dem deutschen Bauplan bis 1935 nur 2 Panzerschiffe fertig sein.

Weiter soll der französische Marineminister gesagt haben, es gebe jetzt einen deutschen Kreuzer, der Frankreich außerordentlich gefährlich werden könne. Frankreich brauche daher ein neues Kriegsschiff, um dieser Drohung zu begegnen. Dies wird wieder von einem deutschen "Kreuzer" gesprochen,

während das "Panzerkreuzer" Deutschland gemeint ist. Diese Behauptung ist eine bewusste Fälschung. Die Deutschland kann und darf nicht als Kreuzer bezeichnet werden. Will der französische Marineminister dieses Schiff überhaupt in Vergleich setzen mit einer bestehenden Schiffskategorie unserer Marine, dann kann er es nur mit den U-Booten vergleichen. In diesem Falle aber hätte er auch die Pflicht zu sagen, daß Frankreich neun U-Boote besitzt, die sämtlich dem deutschen Schiff artilleristisch erheblich überlegen sind. Bekanntlich besitzt die Deutschland insgesamt nur 6 Geschütze von einem Kaliber von 28 Zentimeter, während die französische Kreuzerkategorie 10 Geschütze zu 34 Zentimeter, die Parisklasse 12 Geschütze zu 30,5 Zentimeter, die Diderot-Klasse 4 Geschütze zu 30,5 Zentimeter besitzt. Wenn man aber von den Kreuzern sprechen will, so muß man betonen, daß Deutschland für die großen Kreuzer eine Höchstgrenze von 5000 Tonnen vorgeschrieben worden ist, während die anderen Mächte sich 10000 Tonnen-Schiffe vorbehalten haben, daß ferner für uns das Kaliber auf 15 Zentimeter begrenzt worden ist, während die anderen sich selbst 20,3 Zentimeter ausgedenken haben. Für die U-Boote hat man uns bei Ersatzbauten 10000 Tonnen und 28 Zentimeter Kaliber ausgedenken, während für die anderen die Grenze bei 85000 Tonnen und 40,3 Zentimeter liegt.